

# Eckpunkte der Sozialen Nachhaltigkeit in Hamburg

## AG Soziale Nachhaltigkeit des Nachhaltigkeitsforum Hamburg

Das Nachhaltigkeitsforum Hamburg (NFH) ist ein zivilgesellschaftliches Bündnis für Nachhaltigkeit in Hamburg. Seit 2018 arbeitet das NFH im Auftrag des Hamburger Senats an der konstruktiv-kritischen Begleitung der Umsetzung der 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, der sogenannten 17 Sustainable Development Goals (SDG) in Hamburg. 34 Hamburger Organisationen sind zurzeit Mitglied im NFH.

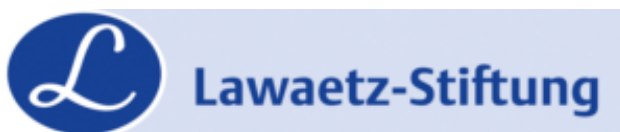
Die Arbeitsgruppe (AG) „Soziale Nachhaltigkeit“ des NFH beschäftigt sich mit sozialpolitischen Themen in Hamburg und möchte mit der Expertise der Mitgliedsorganisationen die sozialen Strukturen der Stadt in Richtung Nachhaltigkeit lenken.

Das vorliegende Eckpunktepapier wird von allen Mitgliedern der AG Soziale Nachhaltigkeit des Nachhaltigkeitsforum Hamburg mitgetragen:



**Sozialverband Deutschland**  
Landesverband Hamburg

## Integrationsbeirat Hamburg



**Deutscher  
Gewerkschaftsbund  
Hamburg**



# Übersicht

<b>Gute Arbeit .....</b>	<b>3</b>
<b>Gesundheit .....</b>	<b>5</b>
<b>Armutsvermeidung &amp; -bekämpfung.....</b>	<b>6</b>
<b>Inklusion .....</b>	<b>8</b>
<b>Kinder &amp; junge Menschen .....</b>	<b>9</b>
<b>Geschlechtergerechtigkeit &amp; Diversity .....</b>	<b>11</b>
<b>Interkulturelle Vielfalt .....</b>	<b>12</b>
<b>Senior*innen.....</b>	<b>13</b>
<b>Nachhaltige Stadtentwicklung .....</b>	<b>14</b>

## **Vorbemerkungen:**

Soziale Nachhaltigkeit in Hamburg weist zahlreiche Querschnittsthemen auf, die mehrere der von uns aufgeführten Bereiche sowie UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) tangieren. Dies sind vor allem Fragen der Armut (SDG 1), Gesundheit (SDG 3), Ungleichheiten (SDG 10) und der institutionellen Verfasstheit der Hamburger Verwaltung (SDG 16).

Die im Folgenden abgebildeten UN-Nachhaltigkeitsziele weisen den stärksten Bezug zu dem jeweiligen Themenfeld auf. Jedoch werden weitere SDGs direkt und indirekt tangiert. Dies ist im Folgenden aus Platzgründen nicht visualisiert.

## Gute Arbeit



- **Tarifbindung:** Die Stärkung der Tarifbindung und kollektiven Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer\*innen muss gefördert werden, um faire Löhne und „Gute Arbeit“ zu gewährleisten. Dies ist ein zentrales Element für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem Altersarmut und Geschlechterdiskriminierung präventiv verhindert sowie Perspektiven für Beschäftigte eröffnet werden.
- **Prekäre atypische Beschäftigung:** Es braucht zusätzliche Maßnahmen, um prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, Befristungen, Minijobs sowie Solo-Selbstständigkeit) zurückzudrängen und sozial abzusichern. Insbesondere die Fokusgruppen Frauen, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und junge Menschen müssen verstärkt adressiert werden.
- **Jobs der sozial-ökologischen Transformation fördern:** Es sollten prioritär solche Jobs und Branchen unterstützt werden, die sowohl zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge als auch zur Bekämpfung der Klimakrise und der sozialen Ungerechtigkeiten beitragen. Viele der Branchen, welche für eine erfolgreiche Nachhaltigkeitstransformation entscheidend sind, leiden bereits heute unter dem wachsenden Problem des Fachkräftebedarfs und müssen politisch attraktiver gestaltet werden. Gleichzeitig muss eine „just transition“ für Arbeitnehmer\*innen aus Branchen, die auf Grund der sozial-ökologischen Transformation schrumpfen, gewährleistet werden.
- **Gesundheit:** Arbeitsschutzgesetze müssen strikt eingehalten werden. Das Amt für Arbeitsschutz muss adäquat ausgestattet sein. Es braucht präventive Maßnahmen auf Landesebene gemeinsam mit den Berufsgenossenschaften. Wir empfehlen, Gesundheitsförderungsprogramme mit öffentlicher Förderung am Arbeitsplatz zu implementieren. Arbeitnehmer\*innen müssen flexible, selbstbestimmte Arbeitszeiten und -bedingungen im Rahmen des gültigen Arbeitszeitgesetzes ermöglicht werden. (Bezug -> Gesundheit)
- **Globale Lieferketten:** Das **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)** gilt es umzusetzen. Wir fordern die Stadt Hamburg in diesem Zusammenhang dazu auf, globale Lieferketten für Güter und Dienstleistungen zu analysieren und ebenfalls die Kriterien der Guten Arbeit als Maßstab

für eine globale sozial-ökologische Lieferkette anzuwenden. Öffentliche sowie private Unternehmen in Hamburg müssen besonders im Ursprung ihrer globalen Lieferketten menschenwürdige sowie nachhaltige Arbeits- und Produktionsbedingungen durchsetzen und transparent zu machen. Diese Bemühungen müssen über die bestehende Gesetzgebung hinaus gehen.

- **Aus- und Weiterbildung:** Es sollte in hochwertige Aus- und Weiterbildungsprogramme investiert werden, damit Arbeitnehmer\*innen Fähigkeiten und Kompetenzen ausbauen können und um einen Einstieg in das und den Verlauf des Berufslebens nachhaltig zu sichern, was soziale Teilhabe gewährleistet und vor Arbeitslosigkeit schützt. Die Weiterentwicklung der JBA muss mit dem Blick auf die benachteiligten und marktbenachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen gelegt werden, die erschwerte Zugangsmöglichkeiten zur Erreichung eines beruflichen Abschlusses vorfinden. Die Vermittlung muss für U25-Jährige geöffnet werden und Menschen mit niedrigem bzw. keinem Schulabschluss müssen mehr berufliche Perspektiven ermöglicht werden. Damit die Transformation gelingt, ist es notwendig, die Beschäftigten stetig weiterzubilden. Das Zusammenspiel von passgenauen Weiterbildungsangeboten, -beratung und der Transparenz der Fördermöglichkeiten muss in Hamburg ausgebaut und verbessert werden.
- **Anerkennung:** Es muss gewährleistet werden, dass Personen mit ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen entsprechend ihrer Qualifikationen schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Übergang in eine neue Beschäftigung muss ermöglicht werden. Teilhabemöglichkeiten für Menschen, die dem Ersten Arbeitsmarkt fern sind, müssen ausgebaut werden. Wir fordern zudem den Ausbau öffentlich geförderter Arbeitsplätze zum **Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit**.<sup>1</sup>
- Behinderten Menschen ist der **barrierefreie Zugang zu Ausbildung, Beschäftigung und Erwerbsarbeit** zu ermöglichen.

---

<sup>1</sup> Ebenso fordern wir die Beteiligung von Beschäftigungsgesellschaften.

## Gesundheit



- **Medizinische Versorgung:** Wir fordern die Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen ambulanten und stationären medizinischen Versorgung, die für alle gleichermaßen zugänglich ist.
- **Pflege:** Es sollte in die Ausbildung und Bezahlung von Pflegekräften investiert werden, um den wachsenden Bedarf an Pflegeleistungen zu decken.
- **Psychische Gesundheit:** Im Rahmen des Psychiatrieplans müssten mehr gezielte, niedrigschwellige und passgenaue Präventions-, Behandlungs- und Rehabilitationsangebote, auch aufsuchend, insbesondere für schwer psychisch erkrankte Menschen, bereitgestellt werden. Außerdem müsste Soziotherapie als Leistung nach SGB V in Hamburg flächendeckend angeboten werden. Psychisch kranke Erziehungsberechtigte müssen verstärkt unterstützt werden. Die Angebote müssen flächendeckend in Hamburg zur Verfügung stehen.
- **Soziale Ungleichheit im Gesundheitssystem:** Soziale Ungleichheiten im Gesundheitssystem müssen nachhaltig bekämpft werden. So müssen mehr Ressourcen und Unterstützungsangebote für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Stadtteile bereitgestellt werden. Die Ungleichverteilung der medizinischen Versorgung in Hamburg muss aufgelöst und bestehende Ungleichgewichte durch sozialräumliche Planung und Steuerung auch im Zusammenwirken mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen beseitigt werden.
- **Inklusiver Zugang zum Gesundheitssystem:** Physische sowie unsichtbare Barrieren im Gesundheitssystem müssen abgebaut werden. Dies schließt die Verbesserung und Flexibilisierung (z.B. Hausbesuche, Online-Sprechstunden etc.) der Gesundheitsversorgung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen ein. Barrierefreiheit ist zu gewährleisten.
- **Erholungsmaßnahmen:** Erholungsmaßnahmen und flexible Arbeitszeiten sind zu ermöglichen, um das Wohlbefinden der Bevölkerung zu fördern.
- **Prävention:** Es muss mehr in Präventionsmaßnahmen investiert werden, um chronische Krankheiten, im Laufe des Lebens erfahrene Behinderungen sowie Unfälle zu verhindern und die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern.

- **Klimawandel & Extremwetter:** Hamburg muss umfassende Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur Verringerung der gesundheitlichen Auswirkungen von Extremwetterereignissen ergreifen. Hierfür braucht es eine resiliente Infrastruktur (z.B. Schwammstadt, Wasserspender, Hitzeschutz, Grünflächen & Stadtbäume).
- **Immissionen & Emissionen:** Die Datenlage zu Immissionen & Emissionen in Hamburg zeigt einen großen Handlungsbedarf. Es sollten strengere Vorschriften zur Reduzierung von Luftverschmutzung, Lärm und anderen schädlichen Emissionen erlassen werden sowie weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Bevölkerung vor Immissionen & Emissionen zu schützen. Sozio-ökonomisch schwächer aufgestellte Stadtviertel sind im Besonderen von Emissionen und Immissionen direkt betroffen. Dies gilt es zu reduzieren im Sinne der Umweltgerechtigkeit.
- **Gesunde Ernährung für Kinder:** Es sollte in Programme zur Förderung einer gesunden Ernährung für Kinder investiert werden, insbesondere in die Bereitstellung von gesunden Mahlzeiten in Schulen, Kitas und anderweitigen Einrichtungen. Der Schulmedizinische Dienst muss verstärkt werden und in den Stadtteilen muss es eine angemessene Zahl Kinderärzte geben.
- **Suchtkrankheiten:** Es muss mehr in die Prävention und Behandlung von Suchtkrankheiten investiert werden, einschließlich der Bereitstellung von mehr Unterstützung und Rehabilitationsprogrammen.

## Armutsvermeidung & -bekämpfung



- **Multidimensionalität:** Armut ist multidimensional und multikausal. Dies muss in den politischen Strategien und Maßnahmen kohärent berücksichtigt werden.
- **Finanzielle Förderung:** Wir empfehlen, die finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Haushalte deutlich zu erhöhen, um die unmittelbaren Auswirkungen von Armut zu lindern. Armutsgefährdung kann durch höhere Förderung und direktere Finanzausschüsse und/oder Kostenfreistellung sozialer Leistungen entgegengewirkt werden.

- **Unterstützung der sozialen Teilhabe:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die soziale Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen zu fördern, beispielsweise durch den erschwinglichen Zugang zu Freizeit-, Mobilitäts-, Kultur-, Sport- und Bildungsangeboten.
- **Verteilungsgerechtigkeit:** Die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit in Hamburg ist erschreckend groß und nimmt weiter zu. Dies gefährdet die nachhaltige Entwicklung immens. Verteilungsgerechtigkeit muss prioritär adressiert werden und über Bundesratsinitiativen befördert werden. Die FHH sollte folgende Maßnahmen zur Steigerung der Verteilungsgerechtigkeit prüfen: Spitzensteuersatz ab 85.000 Euro auf 49 Prozent anheben; Reichensteuersatz von 52 Prozent ab 135.000 Euro; Vermögensteuer wieder erheben; Erbschaften und Schenkungen gerecht besteuern; Körperschaftsteuer auf 25 Prozent anheben sowie eine bessere personelle Ausstattung der Finanzverwaltung.
- **Regelmäßiges Berichtswesen:** Ein regelmäßiges Berichtswesen ist unabdingbar für die Sichtbarmachung von Armut und Reichtum in Hamburg. Nur durch ein etabliertes Monitoring unter Beteiligung der Zivilgesellschaft besteht die Möglichkeit, Konzepte zu entwickeln und zu überarbeiten, um damit negativen Entwicklungen gegensteuern zu können. Daher sollte ein regelmäßiges Berichtswesen unter Beteiligung der Zivilgesellschaft eingeführt werden, um die Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut zu überwachen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu bewerten. Dabei muss das Berichtswesen die Zusammenhänge zwischen Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen, Umweltfaktoren und der Lebensqualität in den Blick nehmen. Als Anhaltspunkt kann hier der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung dienen.
- **Kindersicherung:** Es sollte in Programme investiert werden, die die Armut von Kindern bekämpfen und ihre Chancen verbessern, beispielsweise durch den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung. (Bezug -> Kinder und junge Menschen)
- **Altersarmut:** Es sollte mehr getan werden, um Altersarmut zu verhindern und zu bekämpfen, beispielsweise durch die Stärkung der Rentenversicherung und die Bereitstellung von Unterstützung für ältere Menschen mit geringem Einkommen. Das auf 48% stabilisierte Rentenniveau muss langfristig auf mindestens 50% erhöht, die doppelte Besteuerung von Renten aufgehoben und die Erwerbsminderungsrente aufgrund von Krankheit erhöht werden. (Bezug -> Senior\*innen)

## Inklusion



- **Körperliche & geistige Dimension:** Wir empfehlen, in Programme zu investieren, die die Inklusion von Menschen mit Lernbehinderung, Sinnesbehinderung, geistiger Behinderung, psychischer Behinderung, Körperbehinderung und inneren Erkrankungen fördern, beispielsweise durch den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Freizeitangeboten wie Sport.
- **Institutionelle Inklusion:** Die institutionelle Inklusion ist zu fördern, beispielsweise durch die Schaffung von inklusiven Lern- und Arbeitsumgebungen und die Förderung von Vielfalt und Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft.
- **Barrierefreiheit:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die Barrierefreiheit in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Mobilität & Freizeit zu verbessern, beispielsweise durch die Bereitstellung von barrierefreiem Zugang zu Gebäuden, Dienstleistungen und Informationen. Es müssen auch unsichtbare Barrieren erforscht, erkannt und durch angemessene Vorkehrungen überwunden werden. Die Barrierefreiheit müsste auch stufenweise außerhalb des öffentlichen Bereichs, beispielsweise durch entsprechende Vorschriften und finanzielle Anreize implementiert werden
- **Mitbestimmung & Teilhabe:** Die Mitbestimmung und Teilhabe aller Menschen sind zu fördern, beispielsweise durch die Stärkung der Rechte von Minderheiten und benachteiligten Gruppen und die Ermöglichung von Mitbestimmung in relevanten Projekten und Themen.



## Kinder & junge Menschen



- **Bildung:** Eine umfassende und qualitativ hochwertige Bildung ist zentral. Dies umfasst u.a. auch Bildung für Nachhaltige Entwicklung), Sprachförderung und digitale Bildung.
- **Berufliche Bildung fördern:** Bezug -> Gute Arbeit
- **Kinderfreundliche Infrastruktur:** Es sollte in die Schaffung einer kinderfreundlichen Infrastruktur investiert werden, einschließlich sicherer und zugänglicher Spielplätze, Schulen, Gemeindezentren und öffentlicher (Mobilitäts-) Räume.
- **Armut:** Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung von Kinderarmut sind zu intensivieren, beispielsweise durch die Bereitstellung von (finanzieller) Unterstützung für betroffene Familien sowie die Förderung von gleichen Bildungschancen und der Einführung der Kindergrundsicherung in einer Höhe, die eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht.
- **Eltern & Alleinerziehende:** Die Unterstützung für Eltern und Alleinerziehende muss intensiviert werden, beispielsweise durch die Bereitstellung von flexiblen Kinderbetreuungsdiensten und Unterstützung bei der Arbeitssuche.
- **Jugendhilfe stärken:** Es gilt, die Träger der freien Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbände in der Jugendverbandsarbeit institutionell zu stärken, die finanzielle Förderung zu erhöhen sowie die Verfügbarkeit von ausreichend Räumlichkeiten und Freiflächen sicherzustellen.
- **Beteiligungsmöglichkeiten & Teilhabe:** Kinder und junge Menschen brauchen Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Gesellschaft. Die Beteiligung von Kindern und jungen Menschen an Entscheidungsprozessen ist zu fördern, beispielsweise durch die Einrichtung von Jugendräten und die Beteiligung von Kindern und jungen Menschen an der Gestaltung von Programmen und Dienstleistungen, die sie betreffen, auch auf bezirklicher Ebene. Trotz bestehender rechtlicher Rahmenbedingungen fehlt es an verbindlichen Strukturen, personellen Ressourcen und Budget in der Verwaltung sowie Zugängen und Informationen für Kinder und junge Menschen.
- **Freiräume schaffen:** Kinder und junge Menschen benötigen Freiräume in der Stadt, in denen sie sich frei und unter sich entfalten können. Angebote wie Treffpunkte und Spielplätze müssen stärker ausgebaut werden, um ihnen sichere und zugängliche Orte zum Spielen, Lernen und Entfalten zu bieten.

- **Schutz vor Gewalt im physischen und digitalen Raum:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Kinder und junge Menschen vor Gewalt zu schützen, sowohl im physischen (z.B. häusliche Gewalt) als auch im digitalen Raum, beispielsweise durch die Durchsetzung von Gesetzen zum Kinderschutz und die Bereitstellung von medienpädagogischer Unterstützung und Bildung zu Sicherheit im digitalen Raum.
- **Kindeswohlgefährdung:** Es müssen verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, um Kindeswohlgefährdung zu verhindern und zu bekämpfen, einschließlich der ausreichenden Bereitstellung von Unterstützung und Angeboten für gefährdete Einzelpersonen und Familien. (Bezug -> Gesundheit)
- **Gesundheit:** Es sollte in die Verbesserung der Gesundheitsdienste für Kinder und junge Menschen investiert werden, einschließlich der Bereitstellung von zugänglicher, bezahlbarer und qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung sowie psychologischer Unterstützung. Einsamkeit nimmt seit der COVID-19-Pandemie auch unter jungen Menschen zu. Diese muss bekämpft werden. Beispielhaft ist hier die Einrichtung einer Einsamkeitsbeauftragten in Berlin-Reinickendorf.
- **Gesunde Ernährung:** Eine gesunde Ernährung ist elementar für Kinder und junge Menschen. Diese muss gefördert werden, beispielsweise durch die Bereitstellung von gesunden Mahlzeiten in Schulen und die Förderung von Ernährungsbildung.
- **Institutionelle Unterstützung:** Die institutionelle Unterstützung für Kinder, junge Menschen und ihre Familien muss ausgebaut werden. Dies kann durch die Bereitstellung von Ressourcen und Dienstleistungen, die auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Familien zugeschnitten sind, und durch die Unterstützung von Einrichtungen, die Familien in Not helfen, erreicht werden. Institutionen müssen hierfür bedarfsorientiert fungieren, zeitnah Unterstützung gewähren. Die Digitalisierung, Modernisierung und Vereinfachung von Arbeitsabläufen innerhalb der Verwaltung muss vorangetrieben werden.

## Geschlechtergerechtigkeit & Diversity



- **Stereotype Rollenbilder aufbrechen:** Es sollte in Bildungs- und Sensibilisierungsprogramme investiert werden, um stereotype Rollenbilder aufzubrechen und die Vielfalt der Geschlechteridentitäten und -ausdrücke zu fördern.
- **Equal Pay Gap schließen:** Der Equal Pay Gap in Hamburg ist immer noch eklatant und muss geschlossen werden. Maßnahmen hierfür sind beispielsweise die Förderung von Transparenz in Bezug auf die Vergütung und die Durchsetzung von Gleichbehandlungsgesetzen für alle Geschlechter. (Bezug -> Gute Arbeit)
- **Care-Arbeit:** Die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung von Care-Arbeit muss gefördert werden.
- **Altersarmut bei Frauen:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Altersarmut bei Frauen zu verhindern und zu bekämpfen. Aufgrund von Care-Arbeit und anderen Faktoren sind Frauen einem deutlich höheren Altersarmut-Risiko ausgesetzt.
- **Diskriminierungsfreie Räume schaffen:** Diskriminierungsfreie Räume können beispielsweise durch die wirkungsvolle Implementierung von Anti-Diskriminierungsgesetzen und das Aufsetzen von Förderprogrammen für Vielfalt und Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft mit einem Fokus auf Gender geschaffen werden. Auch die FHH muss dies konsequent intern implementieren.
- **Genderspezifische Gewalt:** Genderspezifische Gewalt muss verhindert und strukturell bekämpft werden. Die Bereitstellung von Unterstützung und Schutz für Opfer und die konsequente Bestrafung von Tätern ist notwendig.
- **Frauenwohlgefährdung:** Es müssen verstärkt Maßnahmen ergriffen werden, um Frauenwohlgefährdung zu verhindern und zu bekämpfen, einschließlich der ausreichenden Bereitstellung von Unterstützung und Angeboten für gefährdete Einzelpersonen und Familien. (Bezug -> Gesundheit)
- **Migrantische Frauen fördern und integrieren:** Es sollte in Programme investiert werden, die die Integration und Förderung von migrantischen Frauen unterstützen, beispielsweise durch den Zugang zu Sprachkursen, Bildung, sozialer & kultureller Teilhabe und Beschäftigungsmöglichkeiten. (Bezug -> Interkulturelle Vielfalt)

## Interkulturelle Vielfalt



- Insbesondere angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Spannungslage bezüglich des Themas gilt es, umfassende Schritte zu unternehmen, um die interkulturelle Vielfalt zu stärken. Eine **solidarische Migration und Integration** sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, zentral für deren Funktionieren, und müssen es daher auch immer bleiben.
- Unsere **demokratischen Strukturen** müssen gestärkt werden. Unsere Demokratie muss lebendig und langfristig stabil sein und Vertrauen in politische Institutionen vermitteln. Antidemokratische Kräfte, Diskriminierung und Hetze müssen eingedämmt werden.
- Es sollte in Programme investiert werden, die die **interkulturelle Vielfalt** fördern und **Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung bekämpfen**. Dies kann durch Bildung, Sensibilisierung und die Förderung von Bemühungen zur Vielfalt und Gleichberechtigung in allen Bereichen der Gesellschaft erreicht werden.
- **Willkommenskultur fördern:** Wir brauchen eine solidarische und offene Willkommenskultur. Die Politik muss hierfür die Bereitstellung von Unterstützung und Orientierung für Neuankömmlinge und die Förderung von Toleranz und Offenheit in der Gesellschaft forcieren.
- **Gesellschaftliche Teilhabe & Mitbestimmung:** Gerade in der aktuellen Situation müssen Bemühungen intensiviert werden, um die gesellschaftliche Teilhabe und Mitbestimmung von Menschen aus verschiedenen kulturellen Hintergründen zu fördern, beispielsweise durch die Stärkung ihrer politischen Rechte und die Förderung ihrer Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Es braucht umfassende Möglichkeiten der individuellen Entfaltung im Beruf, im Privaten und im Stadtgeschehen.
- **Soziale Segregation überwinden:** Die Förderung von sozial heterogenen Wohngebieten und die Bekämpfung von Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen gilt es zu forcieren.
- **Interkulturelle Bildung:** Wir empfehlen, in Bildungsprogramme zu investieren, die die interkulturelle Kompetenz fördern und den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung für Menschen aus verschiedenen kulturellen Hintergründen verbessern. Verständnis für interkulturelle Vielfalt muss bei allen gesellschaftlichen Beteiligten generiert werden.
- **Migrant Pay Gap schließen:** Der sogenannte Migrant Pay Gap muss geschlossen werden, beispielsweise durch die Durchsetzung von Gleichbehandlungsgesetzen und die Förderung

von Transparenz in Bezug auf die Vergütung. Die Rechte von migrantisierten Arbeitnehmer\*innen müssen gestärkt werden. (Bezug -> Gute Arbeit)

- **Diskriminierungsfreie Räume schaffen:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diskriminierungsfreie Räume zu schaffen, beispielsweise durch die Durchsetzung von Anti-Diskriminierungsgesetzen und die Förderung von Vielfalt und Inklusion in allen Bereichen der Gesellschaft, auch der Hamburger Verwaltung. Formal-strukturelle Diskriminierung durch Behörden ist zu unterbinden.
- **Ausbeutung bekämpfen:** Beispielsweise durch die Durchsetzung von Arbeitsrechten und die Bereitstellung von Unterstützung für Opfer von Ausbeutung. Diese Angebote müssen spezifisch auf die jeweiligen Zielgruppen ausgerichtet sein. Rechte müssen umfassend wahrgenommen werden können. Hierfür braucht es eine starke Durchsetzung der Rechtslage.
- **Sprachförderung intensivieren:** Es sollte in Programme investiert werden, die Sprachförderung für Menschen aus verschiedenen kulturellen Hintergründen ermöglichen, beispielsweise durch den Zugang zu Sprachkursen und die Förderung von Mehrsprachigkeit. Der Zugang zu Sprachkursen muss frühzeitig im Migrationsprozess und niedrigschwellig ermöglicht werden.

## Senior\*innen



- **Gesundheit & Pflege:** Wir empfehlen, in Programme zu investieren, die die Gesundheit und Pflege von Senior\*innen fördern, beispielsweise durch den Zugang zu qualitativ hochwertiger medizinischer Versorgung und Pflegediensten.
- **Altersgerechte Infrastruktur & Mobilität:** Um eine altersgerechte Infrastruktur und Mobilität zu fördern, muss der barrierefreie Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt sein. Der ÖPNV muss auch in den Randgebieten der FHH flächendeckend verfügbar und bezahlbar sein.
- **Altersarmut:** Es sollten Maßnahmen ergriffen werden, um Altersarmut zu verhindern und zu bekämpfen, beispielsweise durch die Sicherstellung ausreichender Renten und die Bereitstellung von Unterstützungsangeboten für bedürftige Senior\*innen.

- **Einsamkeit und gesellschaftliche Isolation:** Einsamkeit und gesellschaftliche Isolation (vor allem unter Senior\*innen, jungen Menschen und Alleinlebenden) muss begegnet werden, beispielsweise durch die Förderung von Gemeinschaftsaktivitäten und die Bereitstellung von Unterstützung für isolierte Personen. Beispielhaft ist die Einrichtung einer Einsamkeitsbeauftragten in Berlin-Reinickendorf.
- Es sollten **Senior\*innenzentren** nach dem Vorbild von München sowie Mehrgenerationenhäuser nach und nach flächendeckend eingeführt werden.
- **Digitalisierung:** Um die digitale Kompetenz von Senior\*innen fördern und den Zugang zu digitalen Technologien zu verbessern, muss der Zugang zu Computerkursen und die Bereitstellung von Unterstützung für den Umgang mit digitalen Geräten und Diensten ausgebaut werden. Gleichzeitig sollte sichergestellt werden, dass grundlegende Infrastruktur nicht nur digital zugänglich ist. Auch muss sichergestellt werden, dass jede\*r sich die notwendige Infrastruktur leisten kann.

## Nachhaltige Stadtentwicklung



- **Wohn- & Obdachlosigkeit:** Wohn- und Obdachlosigkeit ist immanent in Hamburg. Diese muss durch die Bereitstellung von Unterstützung und adäquater Unterkunft für bedürftige Personen verhindert und bekämpft werden. Die Belange und Anliegen wohn- und obdachloser Menschen müssen ernst genommen werden. Für wohnungs- und obdachlose Menschen müssen Maßnahmen des sozialen Arbeitsmarktes an Konzepte mit Unterbringungsmöglichkeiten und sozialpädagogischen Unterstützungen geknüpft werden.
- **Quartiersentwicklung:** Quartiere und Stadtteile müssen eine hohe Lebensqualität bieten, kurze Wege haben, die Bedürfnisse und Wünsche der Bewohner\*innen berücksichtigen und resilient gegenüber klimawandelbedingten Auswirkungen sein. Eine nachhaltige Quartiersentwicklung muss zielgruppenspezifisch sein und insbesondere benachteiligte Gebiete sowie Bevölkerungsgruppen in den Fokus nehmen. Lokalräumliche Unterschiede müssen in den Fokus genommen und besonders adressiert werden.

- **Bezahlbarer Wohnraum:** Bezahlbarer Wohnraum in Hamburg muss geschaffen und erhalten werden, beispielsweise durch die Regulierung von Mieten und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Der Fokus muss auf benachteiligten Bevölkerungsgruppen liegen. Gleichzeitig muss der Wohnraum so ökologisch nachhaltig und gesundheitlich unbedenklich wie möglich gestaltet sein. Wir verweisen hier auf die Forderungen der bundesweiten Kampagne Mietenstopp! und das Housing First-Konzept.
- **Sozialer Wohnungsbau:** Um bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zu schaffen, muss verstärkt in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Gleichzeitig muss der Wohnraum so ökologisch nachhaltig und gesundheitlich unbedenklich wie möglich gestaltet sein. (Bezug -> Armutsvermeidung und -bekämpfung)
- **Flächennutzung:** Es sollte eine nachhaltige und effiziente Flächennutzung in der FHH gefördert werden, beispielsweise durch die Förderung von multicodierten Flächen (Mehrfachnutzung von Flächen), die Begrenzung der Flächenversiegelung und einer Flächenkreislaufwirtschaft.
- **Infrastruktur:** Die Verbesserung der Nahversorgungsinfrastruktur muss vorangetrieben werden, um sicherzustellen, dass alle Bürger\*innen einen niedrighschwelligem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen und Einrichtungen haben. Die 15-Minuten-Stadt ist ein geeignetes Ziel hierfür.
- **Beteiligung & Engagement:** Beteiligung und Engagement von Bürger\*innen und Initiativen ist zentral für eine gelungene und lebendige Stadtentwicklung. Behördliche und politische Vertreter\*innen in der Stadt müssen für die Bürger\*innen ansprechbar und dialogbereit sein. Ehrenamtliche Arbeit muss entsprechend honoriert werden und Anreize geschaffen werden, diese auszuüben.
- **Barrierefreiheit:** Infrastruktur muss barrierefrei gestaltet sein, um sicherzustellen, dass alle Bürger\*innen am Stadtleben teilnehmen können.
- **Mobilität:** Nachhaltige & inklusive Mobilität muss konsequent ausgebaut werden, beispielsweise durch den Ausbau des ÖPNV, die Förderung von Fuß- und Radverkehr und die Reduzierung von motorisiertem Individualverkehr. Auf Grund der hohen Unfallzahlen, bei denen Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen betroffen waren, muss die Sicherheit aller Mobilitätsteilnehmer\*innen, insbesondere der des Fuß- und Radverkehrs, durch entsprechende Sicherheitskonzepte verbessert werden. Die Problematik der E-Scooter im Stadtbild, die insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ein Hindernis und eine Gefahr darstellen, muss durch entsprechende Konzepte gelöst werden. Betriebliche Mobilitätskonzepte für die Verbesserung der nachhaltigen Mobilität von Beschäftigten müssen gefördert und unterstützt werden.